



Editorial

von Dr. Kristin Brinker



Liebe Leser,

die Wahlen in Berlin und auf Bundesebene liegen mittlerweile fast ein Jahr zurück. Es war eine Chaoswahl, und Ende September wird das Landesverfassungsgericht wegen möglicher Neuwahlen beraten.

Die Welt ist seitdem eine andere geworden: Fast eine Million Ukrainer sind in unser Land geflüchtet, und wir haben uns entschieden, ihnen zu helfen. Denn im Unterschied zu 2015 handelt es sich bei ihnen tatsächlich um Kriegsflüchtlinge.

Auch in Deutschland bleiben wir von den Folgen des Ukrainekriegs nicht verschont. Die Preise für Strom, Benzin oder Lebensmittel schießen durch die Decke, und immer mehr Menschen in Deutschland haben Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen. Die Essensausgaben der Tafeln werden regelrecht überrannt: 1,6 Millionen haben sich bei den Tafeln gemeldet und hoffen auf Lebensmittelspenden.

Doch die Verarmung der Deutschen durch Preissteigerungen ist nicht nur eine Folge des Ukrainekriegs. Seit Jahren drückt die Europäische Zentralbank Unmengen von Geld und hat dadurch unsere Währung entwertet. Das ist der eigentliche Grund für die steigenden Preise für Lebensmittel, Wohnraum oder Energie.

Wir haben vor dieser Situation immer gewarnt. Tatsächlich haben wir genau aus diesem Grund die AfD gegründet: Weil der Euro uns alle ärmer macht und Europa nicht eint, sondern spaltet.

Auf den folgenden Seiten wollen wir Sie, liebe Leser, über die Arbeit der Berliner AfD informieren. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und grüße Sie ganz herzlich,

IHRE KRISTIN BRINKER
LANDESVORSITZENDE

Sichere Energie?

In Berlin ein absolutes Desaster
Seite 2



Foto: stock.adobe.com, rawifg

Sicheres Berlin?

Alle drei Stunden wird in Berlin ein Messer gezückt
Seite 3

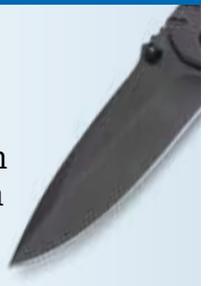


Foto: stock.adobe.com, sarahelreit



Foto: stock.adobe, freshidea

Teuerungswelle gefährdet den sozialen Frieden: Preistreiber stoppen. Jetzt!

Die hohe Inflation ist eine Folge falscher Politik – die AfD steht für eine deutliche Entlastung der Bürger!

Ob an der Tankstelle, im Supermarkt oder bei der Stromrechnung – überall galoppieren die Preise. In Berlin lagen die Verbraucherpreise im Mai 2022 um 8,6 % über dem Vorjahresniveau und stiegen damit noch einmal um 1,0 % schneller als im Bundesdurchschnitt.

Da Löhne, Gehälter, Renten und Sozialleistungen bei Weitem hinter dieser Teuerungsrate zurückbleiben, schmilzt die Kaufkraft der Berliner wie Butter in der Sonne. Die Bürger werden in rasendem Tempo ärmer, und immer mehr Haushalte stoßen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit oder wissen schon jetzt nicht mehr, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Für viele Experten kommt der rasante Preisauftrieb keineswegs überraschend, denn Inflation fällt bekanntlich nicht vom Himmel. Durch Negativzinsen und Anlei-

hekäufe der Europäischen Zentralbank hatte sich die Geldflut schon lange vor dem Krieg in der Ukraine und dem erneuten Lockdown in China aufgebaut.

Zusätzlich angeheizt wird die Inflation durch die verfehlte Klima- und Energiepolitik sowie die künstliche Verknappung des Energieangebots infolge des gleichzeitigen Ausstiegs aus Kohle- und Kernenergie.

Erstaunlich ist, dass das Thema Inflation bis vor Kurzem keine große Rolle in der öffentlichen Debatte gespielt hat. Dabei

WEITER AUF SEITE 2

FORTSETZUNG TITELSEITE

birgt der Preisauftrieb erheblichen politischen und sozialen Sprengstoff. Die Inflation trifft nämlich vor allem Mittel- und Geringverdiener sowie sozial Schwache und Rentner mit besonderer Härte. Sie müssen jetzt die Suppe für die laxe Geldpolitik auslöffeln, nachdem jahrelang südeuropäische Schuldnerstaaten sowie Immobilien- und Aktienbesitzer saftige Renditen eingefahren haben. Der normale Sparer, der fürs Alter vorsorgen will, schaut schon lange in die Röhre. Bei der aktuellen Inflationsrate und den bestehenden Null-Zinsen verringert sich der reale Wert seiner Geld- und Sparvermögen in nur acht Jahren ungefähr um die Hälfte. Im Gegenzug profitiert Vater Staat von der Geldentwertung, da sich die Staatsschulden in gleichem Umfang verringern.

Die einzige Partei, die schon seit Jahren auf die brandgefährliche Mischung aus expansiver Geldpolitik, Schulden-Europa und ideologiegetriebener Energiepolitik hingewiesen hat, ist die AfD!

Doch wie schon zuvor in der Flüchtlingskrise wurden unsere Warnungen von

den Altparteien leichtfertig in den Wind geschlagen!

Für uns ist klar: Oberste Priorität muss jetzt die Sicherung der Kaufkraft für Haushalte mit mittleren und kleinen Einkommen haben!

Die Bürger werden in rasendem Tempo ärmer, und immer mehr Haushalte stoßen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

In einem Sofortprogramm fordert die AfD daher eine umfassende Entlastung der Bürger. Siehe auch QR-Code rechts unten. Der Staat muss seine Inflationsrendite umgehend in Form von Steuer- und Abgabensenkungen an die Bürger zurückgeben!

Wir schlagen vor, zu diesem Zweck die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel von 7 auf 0 Prozent abzusenken und das steuerliche Existenzminimum auf 12.600 Euro zu erhöhen. So wäre gerade denjenigen Menschen am besten geholfen, die einen hohen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben.

Außerdem müssen die Steuern auf Strom, Treibstoff, Gas und Heizöl dauerhaft gesenkt werden. Die Spirale aus immer neuen Steuern und Abgaben auf den Energieverbrauch muss endlich zurückgedreht werden! Andere Länder wie Polen haben es vorgemacht.

Verbraucher und Wirtschaft erwarten zu Recht auch in Deutschland eine deutliche Entlastung. Mit einem dreimonatigen Trostpflaster im ÖPNV und an der Zapfsäule oder einer geringfügigen Einmalzahlung ist es nicht getan. Es darf nicht sein, dass am Ende wieder die Bürger die Zeche zahlen müssen! Es ist jetzt höchste Zeit, die gescheiterte Politik der letzten Jahre zu korrigieren und die Weichen neu zu stellen.

Die AfD steht dafür, den Bürgern zurückzugeben, was ihnen gehört!

Preistreiber stoppen. Jetzt!

~MARTIN TREFZER



<https://www.afd.de/preistreiber-stoppen>

In Deutschland ein Problem – in Berlin ein Desaster!

Die Energieversorgung in Berlin wird nur zu drei Prozent von erneuerbaren Stromerzeugern geleistet

Berlin produziert über die Hälfte seines Stroms mit Gaskraftwerken. Für die Energieversorgung unserer Stadt spielen erneuerbare Energien nur eine marginale Rolle: Nicht einmal drei Prozent des Energieverbrauchs unserer Stadt wird mit erneuerbaren Energien aus Wind- oder Solarkraft gedeckt.

Trotzdem hat sich der Berliner Senat vorgenommen, „bis spätestens 2030“ die letzten verbliebenen Kohlekraftwerke abzuschalten. In ihrem „Masterplan Solarcity“ haben SPD, Grüne und Linke sogar das völlig utopische Ziel ausgegeben, bis 2035 ein Viertel der Stromerzeugung in Berlin mit Solarkraft zu erreichen.

Die Folge dieser irrsinnigen Energiepolitik sind steigende Energiepreise und eine gefährliche Abhängigkeit von ausländischen Energieimporten. Deutsche Stromkunden zahlen jetzt schon die höchsten Strompreise Europas: Mit 39 Cent kostet die Kilowattstunde hierzulande doppelt so viel wie in Frankreich. Durch den gleichzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung haben wir uns in eine gefährliche Abhängigkeit von russischen

Gasimporten begeben. Im vergangenen Jahr kam knapp die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Gases aus Russland.

Wir wollen die Preise für Energie senken und Deutschland weniger abhängig von ausländischen Energieimporten machen.

Die AfD will die Preise für Energie senken und Deutschland weniger abhängig von ausländischen Energieimporten machen. Deutschland war einmal führend in der Kernenergieforschung, und die deutschen Atomkraftwerke waren die sichersten der Welt. Fast alle unsere europäischen Nachbarn setzen auf Kernenergie. Der französische Präsident will in den nächsten Jahren 14 neue Atomkraftwerke bauen. Auch in Polen und Tschechien werden neue Atomkraftwerke gebaut, oft nahe an unseren Grenzen.

Auf ihrem Bundesparteitag im Juni hat die AfD deshalb eine Resolution verabschiedet, in der sie den Anschluss an die europäischen Nachbarn und den Weiterbe-

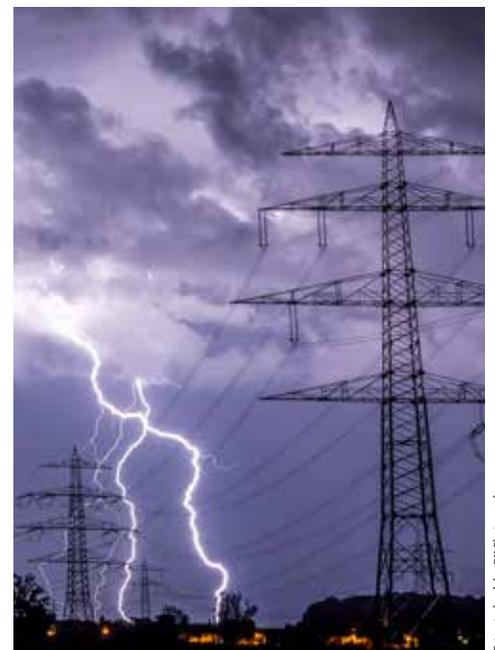


Foto: stock.adobe, DK Photography

trieb der drei verbliebenen Atomkraftwerke fordert. Darüber hinaus fordert die AfD den Berliner Senat auf, an unseren Universitäten ein neues Kernforschungszentrum einzurichten. Die überstürzte Energie-wende wird sonst jeder Bürger im Portemonnaie teuer zu spüren bekommen.

~DR. KRISTIN BRINKER



Wahlwiederholung jetzt!

Das Wahlchaos hätte verhindert werden können



**Folgen Sie der
Hauptstadtfraktion
in den Medien
und nehmen Sie
Kontakt auf:**

 +49 30 23 25-2622

 info@afd-fraktion.berlin

 afd-fraktion.berlin

 twitter.com/afdfraktionagh

 facebook.com/AfDFraktionAGH

 [youtube.com/c/AfDFraktion
AbgeordnetenhausBerlin](https://youtube.com/c/AfDFraktionAbgeordnetenhausBerlin)

 instagram.com/afdfraktionagh

tiktok

[@tiktok.com/@hauptstadtfraktion](https://tiktok.com/@hauptstadtfraktion)



**Abonnieren
Sie unseren
Newsletter**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Leider typisch für unsere Stadt: Mangelwirtschaft trifft auf schlechte Organisation. Warnungen vor einer Zusammenlegung der Wahltermine im Herbst 2021 gab es – aber sie wurden vom Senat in den Wind geschlagen. Und so kam es, wie es kommen musste.

Die Fehler bei der Wahl sind so umfassend, dass sie kaum durch eine Wiederholung in einigen Wahlkreisen zu heilen sind. Immerhin konnten Tausende Berliner ihre Stimme nicht korrekt abgeben, weil es keine Wahlzettel gab oder weil die Wartezeiten zu lang waren: Zustände wie in Ruanda-Burundi.

Die AfD ist eine der Parteien, die daraufhin im November 2021 Einspruch gegen das Wahlergebnis eingelegt hatten. Die Tatsache, dass diese Dinge

erst jetzt – ein Jahr später – aufgeklärt werden, zeigt einmal mehr, wie tief das Kind längst in den Brunnen gefallen ist.

Unsere Klage basiert auf den damals bekannten Fehlern, zu denen inzwischen viele weitere hinzugekommen sind. Die Wahl war an vielen Stellen unsauber. Eine Stimmabgabe derjenigen, die damals nicht zum Zuge gekommen sind, könnte in mehrfacher Hinsicht zu Veränderungen des Wahlergebnisses geführt haben. Deswegen ist das Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht korrekt, es spiegelt nicht den Willen der Berliner eins zu eins wider. An einer Wahlwiederholung führt kein Weg vorbei. Künftig muss der Senat sicherstellen, dass die Wahlämter ihre Aufgaben besser erledigen können. **RONALD GLÄSER**

Ausnahmezustand im Abgeordnetenhaus

Andere Fraktionen verhindern die Mitwirkung der AfD-Abgeordneten

Und täglich grüßt das Murmeltier: In jeder Parlamentssitzung stehen Kandidaten der AfD für Gremien zur Wahl, die von allen anderen Parteien pauschal abgelehnt werden. Eine Allparteienkoalition setzt sich über geschriebene und ungeschriebene Gesetze hinweg – und beschädigt die Demokratie.

Die AfD hat aufgrund ihres Wahlergebnisses Anspruch auf Vertreter in den Kontrollgremien folgender Institutionen: Landeszentrale für politi-

sche Bildung, Pestalozzi-Fröbel-Haus, Lette-Verein und Stadtwerk.

Dazu kommen Parlamentsgremien wie der Verfassungsschutzausschuss oder die G10-Kommission. Überall dort wird die Wahl der AfD-Vertreter – eigentlich eine Formsache – ebenso verhindert wie die der Stadträte in Bezirken wie Lichtenberg.

145.000 Berliner haben der Alternative für Deutschland ihre Stimme anvertraut. Wer diese Partei willkürlich ausgrenzt, schränkt die demokrati-

schen Mitwirkungsrechte jener Bürger gleich mit ein.

Die AfD reagiert mit gebotener Gelassenheit. Wir erheben dort Klage vor Gericht, wo dies möglich und erfolgversprechend erscheint. Und wir leisten unbeeindruckt weiterhin gute Sacharbeit, denn: Auch wenn die anderen Parteien unseren Spielraum einschränken, so nehmen wir den Wählerauftrag dennoch ernst und arbeiten für ein besseres Berlin.

RONALD GLÄSER

Das sind unsere Ideen für Berlin!

INNERE SICHERHEIT

Rechtsstaat wiederherstellen – Endlich wirksam gegen Clan-Gewalt vorgehen!



MASSENEINWANDERUNG

Wir haben keinen Platz – irrsinnige Migrationspolitik beenden!



KEIN ZAPPENDUSTER

Sichere und bezahlbare Energieversorgung, kein Öko-Wolkenkuckucksheim!



ZWANGSGEBÜHRENFUNK

Schluss mit Selbstbedienung und Vetternwirtschaft beim RBB!



DACH ÜBER DEM KOPF

Wohnungsbauhindernisse abschaffen, schnellere Baugenehmigungen, Wohnraum schaffen!



ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL

U-Bahn als leistungsfähigstes Nahverkehrsmittel ausbauen!



GRÜNE LUNGEN

Berliner Wälder nicht für „Energiewende“ opfern – keine Vogelschredder im Wald!





FREIRÄUME ERHALTEN

Stadt verdichten,
nicht Grün zersiedeln!



VERWALTUNGSVERSAGEN

Terminchaos bei
Bürgerämtern beenden –
Servicedenken in der
Verwaltung einführen.



GENERATION ZUKUNFT

Schulen zügig sanieren, keine
Experimente mehr: Berlin darf nicht
länger Bildungsschlusslicht sein!



DIKTATURGESCHICHTE

Deutsche Teilung
nicht vergessen –
Erinnerungsstätten
fördern und ausbauen!



GEGEN AUTOHASS

Verkehrsexperimente beenden, für
Miteinander statt Gegeneinander auf den
Straßen!



HOCHSCHULEN

Ideologie und
Sozialismus raus aus
den Unis – Berlin wieder
zum Forschungshotspot
machen!



STADTAUTOBAHN

A 100 verlängern –
Innenstadt entlasten!



BEZIRKSRAHÄUSER

Mehr Demokratie wagen –
Bezirksbürgermeister
direkt wählen!



FLUGHAFEN BERLIN-BRANDENBURG

Schluss mit endlosem
Warten – Berliner Taxis
am Flughafen ohne
Obergrenze zulassen!

Berlin nach wie vor geteilte Stadt

Ungleiche Grundsteuern für vergleichbare Objekte in Ost- und Westteil



Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Immobilienbesitz, die in Deutschland von den Gemeinden erhoben wird. Das Steueraufkommen aus Grundsteuereinnahmen lag 2021 bei circa 14,5 Milliarden Euro. Im April 2018 hat das Bundesverfassungsgericht die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt und eine gesetzliche Neuregelung verlangt.

Mit dem neuen Grundsteuerreformgesetz wird eine Neubewertung sämtlicher Immobilien auf Grundlage der neuen Grundsteuerwerte bis spätestens Januar 2025 angeordnet.

Wer in Deutschland über ein Grundstück oder eine Immobilie verfügt, hat deshalb in den vergangenen Wochen einen Brief vom Finanzamt mit der Aufforderung zur Abgabe einer „Feststellungserklärung“ bekommen.

Unsere Finanzexperten in Bund und Land haben die Reform der Grundsteuer abgelehnt und sich für die vollständige Abschaffung ausgesprochen. Die Grundsteuer trifft vor allem Besitzer von Eigenheimen, die kein Einkommen mit ihrer Immobilie erzielen. Und sie trifft Mieter, die bereits jetzt unter exorbitant hohen Nebenkosten leiden müssen.

Berlin ist in der Erhebung der Grundsteuer nach wie vor eine geteilte Stadt. Im Ostteil gelten die Richtwerte von 1935, im Westteil die von 1964. Das führt zu ungleichen Grundsteuern für vergleichbare Objekte. Vom 01. Juli bis 31. Oktober 2022 haben Immobilieneigentümer jetzt Zeit, eine elektronische Erklärung zur Grundsteuerfestsetzung abzugeben. Der bürokratische Aufwand sowohl für Immobilienbesitzer als auch die Finanzverwaltung ist enorm. Es bestehen inzwischen zu Recht Zweifel, ob Berlin mit seiner dysfunktionalen Verwaltung überhaupt in der Lage sein wird, alle Daten rechtzeitig elektronisch zu verarbeiten.

Das Land Berlin nimmt circa 800 Millionen Euro pro Jahr an Grundsteuern ein. Nach bisherigen Verlautbarungen aus Regierungskreisen soll es bei dieser Größenordnung bleiben. Wie verlässlich solche Aussagen in Zeiten erheblich steigender Inflation sind, wird die Zukunft zeigen.

DR. KRISTIN BRINKER

Zweifel am Zweck des Zensus

Nach 35 Jahren findet in Deutschland erneut eine Volkszählung statt – aber viele Fragen erscheinen datenschutzrechtlich bedenklich

Im Jahr 2022 findet in Deutschland wieder ein Zensus statt. Die Bundesregierung ist dazu durch Vorgaben der Europäischen Union verpflichtet. Volkszählungen in dieser Form fanden zuletzt 1987 im früheren Bundesgebiet und 1981 in der ehemaligen DDR statt. Die Bundesregierung will mit dem Zensus ermitteln, wie viele Menschen in Deutschland leben und wie sie wohnen. Dazu werden in erster Linie Daten aus Verwaltungsregistern genutzt, sodass die Mehrheit der Bevölkerung keine Auskunft leisten muss.

Besonders Eigentümer von Wohnungen und Mietimmobilien haben in den vergangenen Monaten Post mit der Bitte um Auskunft bekommen. Nachgefragt wurden u.a. die Anzahl der Wohnungen im Gebäude, das Baujahr, die Art der Heizung, die Größe der Wohnung, die Zimmeranzahl, wie viele Personen in der Wohnung leben und die Namen der Bewohner bzw.

Mieter. Empfohlen wurde eine digitale Beantwortung, die jedoch gerade von älteren Eigentümern nicht immer zu leisten ist. Die im Anschreiben angegebene Berliner Telefon-Hotline sollte bei offenen Fragen Abhilfe schaffen. Und wie immer reagierte die Verwaltung in Berlin, wie man es inzwischen kaum mehr anders kennt: Die Hotline war in der Regel für Nachfragen nicht erreichbar.

- **Sollten Eigentümer sich nicht am Zensus beteiligen, droht ihnen ein Zwangsgeld pro Wohnung.**

Sollten Eigentümer sich nicht am Zensus beteiligen, droht ihnen ein Zwangsgeld pro Wohnung. Das kann sich bei mehreren Wohnungen schnell zu einer ordentlichen Größenordnung summieren.

Welchen Zweck verfolgt nun diese Datenerhebung? Sie soll die Grundlage liefern für statistische Werte und Hochrechnungen, für wie viele Menschen die öffentliche Hand in Berlin in Zukunft planen und gestalten soll und muss. Weiterhin kann auf Basis der Ergebnisse besser kalkuliert werden, mit welchen zukünftigen Steuereinnahmen das Land Berlin rechnen kann. Schaut man sich jedoch den Fragenkatalog an, weckt das durchaus Zweifel an den genannten hehren Absichten. Insbesondere die Frage zu den Namen der Bewohner und Mieter von Wohnungen erscheint datenschutzrechtlich bedenklich. Und es bleibt fraglich, ob die in Berlin reichlich überforderte Verwaltung überhaupt in der Lage sein wird, die erhebliche Datenmenge korrekt auszuwerten und für die Stadt notwendige Schlüsse zu ziehen.

DR. KRISTIN BRINKER

Einrichtungsbezogene Impfpflicht aufheben

Eine Impfpflicht für Pflegepersonal führt zu erheblichen Versorgungsstörungen

Es ist der größte Flop der hilflosen Corona-Politik der Regierung: der Versuch, Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten, zu zwingen, sich impfen zu lassen. Andernfalls dürfen sie nicht mehr arbeiten. Darum hat die AfD die einrichtungsbezogene Impfpflicht von Anfang an als absurd und unpraktikabel angesehen und ihre Abschaffung als logische Konsequenz gefordert.

Der Senat gab an, dass die Impfquote in den Krankenhäusern zwischen 82 und 100 Prozent, im Pflegebereich bei rund 90 Prozent läge. Dass den Beschäftigten in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen Konsequenzen drohen, während der Impfstatus für andere Berufsgruppen keine Rolle spielt, ist niemandem mehr vermittelbar.

Worum geht es? Da die allgemeine Impfpflicht im Bundestag keine Mehrheit gefunden hat und somit gescheitert war, sollte jetzt ein Ersatz her. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht trug zur weiteren Polarisierung der Gesellschaft bei. Das

Schlimmste aber: Sie führte und führt zu erheblichen Versorgungsstörungen.

Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten, zu zwingen, sich impfen zu lassen, ist der größte Flop der hilflosen Corona-Politik der Regierung.

Die angespannte Lage in der Pflege wurde durch die Freisetzung von Beschäftigten verschärft; durch jene nämlich, die in Erwartung der Impfpflicht vorher gekündigt hatten. Die Deutsche Stiftung Patien-

tenschutz warnte bereits Ende 2021, dass es ohnehin schon schwer sei, „eine gute Pflege zu organisieren“. Müssten ungeimpfte Mitarbeiter entlassen werden oder gar selbst kündigen, würde dies die Lage in der pflegerischen Versorgung nur noch weiter verschlimmern. In Berlin wurde wie auch in anderen Bundesländern deutlich, dass ab Mitte Juli 2022 – trotz der entsprechenden Drohung – bislang eben keine Arbeits- und Betretungsverbote ausgesprochen werden. Der bürokratische Aufwand, der auf die Gesundheitsämter zukam, ist diesen nicht zuzumuten. Da sich Geimpfte und Geboosterte weiterhin infizieren können und der Fremdschutz durch die Impfung nicht gegeben ist, war und ist das Argument des direkten Fremdschutzes als Stütze für die Impfpflicht schlichtweg obsolet.

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL

Ist Berlin die Stadt der Messerstecher?

Allein im letzten Jahr über 2.700 Fälle mit dem Tatmittel „Messer“ erfasst

„Zwei Verletzte nach Messer-Attacke in Zehlendorf“, „Mann in Bus niedergestochen“, „Blutige Messerstecherei in Neukölln“ – solche Schlagzeilen sind in unserer Stadt leider kein seltenes schlimmes Ereignis, sondern die Meldungen von wenigen Tagen.

Laut polizeilicher Kriminalstatistik wurden alleine im Jahr 2021 2.777 Fälle mit dem Tatmittel „Messer“ erfasst. Was in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik so nüchtern dargestellt ist, bedeutet nicht weniger, als dass circa alle drei Stunden in unserer Stadt ein Messer gezückt wird.

Die Antwort der Verantwortlichen im Senat geht über ein bloßes Achselzucken und ein paar Beileidsbekundungen meist nicht hinaus.

Alle drei Stunden wird in Berlin ein Messer gezückt.

Messerstechereien sind allerdings lediglich die Spitze eines viel tiefergreifenden Problems.

Vermüllung, Verwahrlosung und Gewalt – sei es in Parks, Freibädern oder am helllichten Tag auf dem Weg von der Arbeit nach Hause – machen das Leben für die



Foto: stock.adobe, netlogifex

Bürgerinnen und Bürger von Berlin immer mehr zu einer nervlichen und körperlichen Zerreißprobe.

Echte Lösungsansätze sucht man bei der Verantwortlichen in Senat und rotgrünen Koalition allerdings vergeblich. Wenig verwunderlich, wenn selbst die Errichtung einer weiteren Polizeiwache an einem der schlimmsten Kriminalitätsorte in Berlin zum Koalitionskrach führt.

Wer bei diesen Debatten und Hinterzimmerkungeleien leider mal wieder auf der Strecke bleibt, ist der einfache Berliner, der es gerade in der aktuellen Zeit immer schwerer hat, sich und seine Familie über die Runden zu bringen und nun sogar beim

Ausflug mit der Familie ins Schwimmbad fürchten muss, Opfer von Gewalttätigkeiten zu werden.

Doch selbst das Aussprechen dieser offensichtlichen Fehlentwicklungen wird unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit immer mehr zur Mutprobe. Probleme lösen kann man aber nur, wenn man sie mit klarer Stimme anspricht.

Die Lösungen liegen doch auf der Hand: mehr Polizeipräsenz auf den Straßen, eine Null-Toleranz-Politik auch bei kleineren Vergehen, eine handlungsfähige Justiz und keine Scheu, auch die Tätergruppen klar zu benennen!

~ALEXANDER BERTRAM

„Bloß nicht langweilen“

Was sich jetzt beim RBB ändern muss

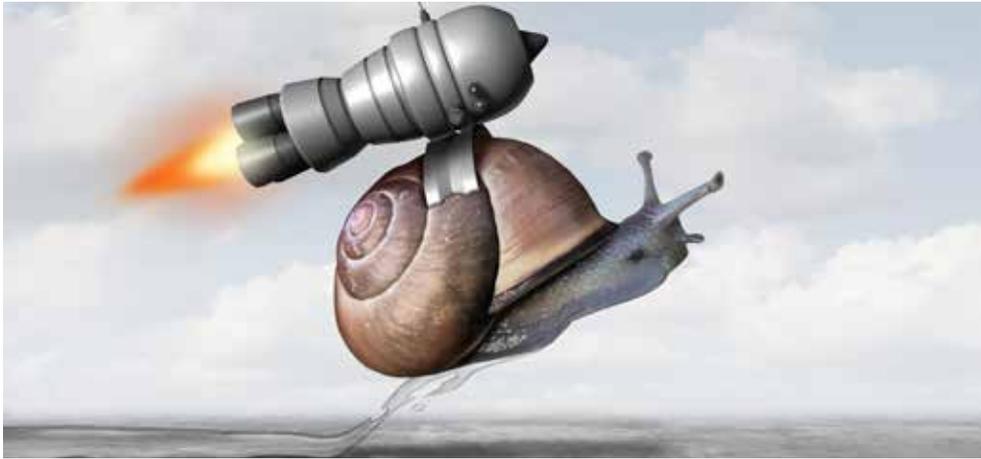


Foto: stock.adobe.com, Blumap Occuremo

Teure Partys, Luxus-Dienstwagen, Hammer-Gehalt, Beraterverträge. Patricia Schlesinger scheint als RBB-Intendantin nichts ausgelassen zu haben, was das Gemüt des Zwangsgebührenezahlers in Rage bringt. Diese Dinge werden jetzt aufgeklärt. Noch wichtiger ist, das Rundfunksystem gründlich zu reformieren.

Monopole neigen zu Ineffizienz und Selbstbedienung. Insofern können die Vorwürfe wegen vermeintlicher Untreue nur denjenigen überraschen, der hinter dem Mond lebt. Deswegen reicht es auch nicht, eine oder mehrere Führungsfiguren auszutauschen, wenn Systemversagen vorliegt.

Es reicht nicht, eine oder mehrere Führungsfiguren auszutauschen, wenn Systemversagen vorliegt

Der RBB hat keine Konkurrenz. Es gibt keinen anderen TV-Sender, der ein vergleichbares Programmangebot unterbreitet. Beim Radio ist es ähnlich. Die Einnahmen (=Zwangsbeiträge) fließen immer und werden selbst dann erhöht, wenn es keine politischen Mehrheiten dafür gibt. Kein Kostendruck bedeutet: keine Effizienzsteigerung. Aus dieser

Mixtur entsteht ein Apparat, der immer größer wird und doch immer weniger leistet.

Kostspielige Sportberichterstattung, Krimis so teuer wie Hollywood-Produktionen, dazu die politische Korrektheit in der Belegschaft.

Und über all dem thronen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern die Intendanten, die sechsstelligen Jahresgehälter kassieren, obwohl sie die Sicherheit von Beamten genießen und nicht für ein Risiko entschädigt werden müssen, das sie für ihren Job eingehen. Oder ist jemals einem wegen mangelnder Relevanz oder gesunkener Zuschauerzahlen das Gehalt gekürzt worden? Nicht doch, dazu sind sie wie Ulrich Wilhelm (Ex-Regierungssprecher von Angela Merkel) auch zu gut mit der Politik verbandelt. Wilhelm wurde nach seiner Zeit im Kanzleramt Intendant beim Bayerischen Rundfunk (also auch Regierungssprecher, nur in anderer Funktion).

Das alles geht so nicht weiter. Der Zwangsbeitrag muss abgeschafft werden. Die Sender müssen verschlankt und auf Effizienz getrimmt werden. Die Zahl der Sender kann reduziert werden. Die Berichterstattung muss neutral erfolgen. Dann gibt es eine Zukunft für den RBB.

~RONALD GLÄSER

ANZEIGE

Wir wünschen
allen Berlinern
**Einen
warmen
Winter!**

**Jetzt noch rechtzeitig
Alternativen sichern!**



Besuchen Sie uns auf
www.warmerwinter.store

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?
Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE88 1005 0000 0190 2170 22
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

Herausgeber AfD-Landesverband
Berlin, Kurfürstenstraße 79, 10785
Berlin **Verantwortlich im Sinne des
Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail glaeser@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 15. AUGUST 2022

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin



Landesverband
Berlin



BLAUER BOTE BERLIN